

IMI-Fact-Sheet: Bundeswehr und Schulen

Die Bundeswehr hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Inzwischen ist es Alltag, dass deutsche Soldaten in Afghanistan, im Kosovo, Kongo, im Golf von Aden und anderswo agieren. Vor 20 Jahren konnte sich das kaum jemand vorstellen. Immer mehr Menschen in Deutschland lehnen diese Politik ab und immer weniger sind bereit, Soldat zu werden und für so genannte „deutsche Interessen“ in den Krieg zu ziehen.

Die Bundesregierung und die Bundeswehr setzen vor allem bei jungen Menschen an. Sie sollen davon überzeugt werden, dass Soldaten in den Krieg geschickt werden müssen und dazu bewogen werden, sich als Soldat zu verpflichten und in den Krieg zu ziehen. Daher kommen Jugendoffiziere und Wehrdienstberater in Schulen und Universitäten, veranstaltet die Bundeswehr Events für Jugendliche, wirbt im Internet, in Zeitungen, im Kino und im Fernsehen für den Soldatenberuf, Wehrdienstberater versuchen in Arbeitsagenturen arbeitslose Jugendliche zu rekrutieren und vieles mehr.

Die Schule ist sicherlich einer der besten Orte für die Bundeswehr, auf Jugendliche einzuwirken. Wenn der Jugendoffizier oder der Wehrdienstberater in den Unterricht kommt, ist die Teilnahme normalerweise Pflicht. Hinzu kommt, dass Offiziere in der Schule für eine Zeit die Rolle des Lehrers einnehmen und zusätzlich zu ihrer Uniform auch durch diese Position Autorität bekommen. In der Schule ist es für Jugendliche am Schwersten, sich dem Einfluss der Jugendoffiziere und Wehrdienstberater zu entziehen. Sie ist aber auch der Ort, an dem sich der meiste Protest gegen die Aktionen der Bundeswehr regt, nicht nur von Seiten der Schüler, sondern auch von Lehrern und Eltern.

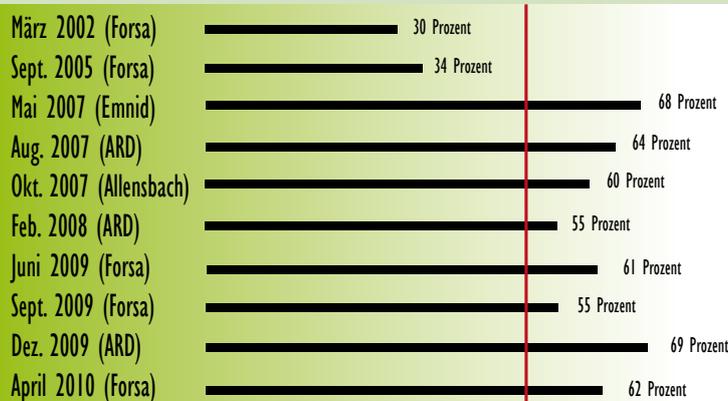
Auch wenn der Einfluss der Bundeswehr in den Schulen schon heute sehr groß ist, will das Bundesverteiligungsministerium, dass die Bundeswehr mit allen Bildungsministerien Kooperationsabkommen schließt, um ihr hierrüber den Zugang zu den Schulen zu erleichtern. In vier Bundesländern bestehen bereits heute solche Kooperationsabkommen.

Kosten für Nachwuchswerbung



In den letzten Jahren steigen die Kosten für die Nachwuchswerbung massiv. Der Posten „Nachwuchswerbung“ in den Haushaltsplänen des Bundes erfasst jedoch lange nicht alle Mittel, die für die Anwerbung von Jugendlichen ausgegeben werden. Die Gehälter für Jugendoffiziere, ihre Reisekosten etc. sind in diesem Posten beispielsweise nicht enthalten.

Ablehnung des Afghanistan-Einsatzes



Die aufgeführten Umfragen stammen von unterschiedlichen Meinungsforschungsinstituten. Dies bedeutet, dass die Fragen unterschiedliche sind. Dennoch zeigen sie, dass die Ablehnung zunimmt und seit einigen Jahren die Mehrheit der Deutschen den Einsatz ablehnt.

Warum wird jemand Soldat?

Manche Menschen wählen diesen „Beruf“ mit der Überzeugung, dass dies der richtige Job für sie ist. Allerdings wurden und werden viele Menschen nur deshalb Soldat, weil sie für sich nur schlechte oder überhaupt keine Chancen auf dem zivilen Arbeits- und Ausbildungsmarkt sehen. Dies ergeben Studien, die das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr erstellt.

Es ist nicht nur die Angst keine Arbeit zu finden, es ist auch der Druck, der durch Hartz IV entsteht. Jungen Menschen unter 25 Jahren, die Hartz IV beziehen, wird viel schneller die Hilfe gekürzt. Auch wenn bisher niemand dazu gezwungen werden kann, Soldat zu werden, zwingt die Angst vor Armut die Jugendlichen dann doch. Es gibt zudem eine enge Kooperation zwischen Arbeitsagenturen und der Bundeswehr. Wehrdienstberater werben regelmäßig in Büros der ARGEN arbeitslose Jugendliche an.

Ganz ähnlich ist es bei denjenigen Menschen, die studieren wollen. Seit ein paar Jahren muss man in den meisten Universitäten Studiengebühren bezahlen, die sich nicht jeder leisten kann. An Bundeswehruniversitäten ist das Studium hingegen scheinbar umsonst, tatsächlich jedoch muss man sich für viele Jahre als Soldat verpflichten. Dennoch nutzt die Bundeswehr die Studiengebühren an zivilen Unis, um für sich zu werben: „Studieren ohne Gebühren, Studieren mit Gehalt – Studium bei der Bundeswehr“. Sozial- und Bildungsabbau sorgen somit dafür, dass junge Menschen in den Soldatenberuf gedrängt werden.



Jugendoffiziere und Wehrdienstberater

Jugendoffiziere haben die Aufgabe, über die Politik der Regierung in Bezug auf die Armee zu informieren und sie zu legitimieren. Als die Institution „Jugendoffizier“ 1958 gegründet wurde, hatte sie die Aufgabe, die Bevölkerung in Deutschland, die dem Beitritt zur NATO und der Wiederbewaffnung Deutschlands überwiegend kritisch gegenüberstand, von der „Notwendigkeit“ dieser Maßnahmen zu überzeugen. Heute soll sie dafür sorgen, dass es in der Bevölkerung die notwendige Zustimmung zu den zunehmenden Auslandseinsätzen gibt.

Wehrdienstberater sind zur direkten Rekrutierung der Jugendlichen da. Sie locken Jugendliche - auch an Schulen - über die Möglichkeiten bei der Bundeswehr „umsonst zu studieren“, „Karriere zu machen“ und „Kameradschaft zu erleben“ an. Jugendoffizieren ist dieses direkte Rekrutieren – zumindest offiziell – verboten. Allerdings scheinen sie es hiermit in der Praxis nicht allzu erst zu nehmen. Zum einen wird – eigenen Angaben zufolge – eng mit den Wehrdienstberatern zusammengearbeitet, Anfragen weitergegeben, Schulen gemeinsam angeschrieben oder sie treten gleich zusammen mit Wehrdienstberatern auf (vgl. Bericht der Jugendoffiziere 2006). So kann der Jugendoffizier für eine grundsätzlich positive Haltung gegenüber der Militärpolitik sorgen, der Wehrdienstberater gleich diejenigen abgreifen, die für diese Politik dann in den Krieg ziehen.

Kooperationsabkommen

Bisher haben die Bildungsministerien in NRW, im Saarland, in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr geschlossen. Mit den Abkommen soll die Arbeit von Jugendoffizieren in Schulen verbessert und sie sollen mehr in die Referendarsausbildung sowie die Lehrerfortbildung eingebunden werden. So genannte Bildungsangebote der Bundeswehr sollen zudem in Medien der Bildungsministerien veröffentlicht werden. In NRW, Baden-Württemberg und Bayern müssen die Jugendoffiziere jährlich einen Bericht über die Umsetzung der Vereinbarung abgeben. Es ist zu befürchten, dass diese Berichte auch dazu dienen, Schulen aufzulisten, die nicht oder nur sehr unwillig mit den Jugendoffizieren kooperieren, um dann den Druck auf eben jene Schulen zu erhöhen. Langfristig sollen in allen Bundesländern solche Kooperationsvereinbarungen getroffen werden, Bremen hat ein solches Abkommen allerdings bereits abgelehnt.

Es gilt weiterhin, dass Lehrer und Schulleiter sich weigern können, die Bundeswehr in ihre Schule bzw. Klasse kommen zu lassen. Mit den Kooperationsabkommen wird jedoch suggeriert, Jugendoffiziere und Wehrdienstberater an die Schule zu lassen, sei verpflichtend. Die Kooperationsvereinbarung sei hilfreich, um Hemmschwellen und Bedenken seitens der Schulleitung abzubauen, berichten die Jugendoffiziere von NRW (vgl. BT-DS 17/1551).

Die Krise als Rekrutierungshelfer

Wehrdienstberaterin Christiane Ohland:

„In Zeiten der Wirtschaftskrise bietet die Bundeswehr einen sicheren Arbeitsplatz ohne Kurzarbeit, ohne Verlegung des Arbeitsplatzes und ohne Kündigungen.“ (Bundeswehr: Gute Job-Chancen in der Krise, SHZ vom 20.04.2009).

Nina Leonhard, Sozialwissenschaftliche Insituit der Bundeswehr:

„Wer berufliche Alternativen hat, geht nicht zur Bundeswehr. [...] Wer über ausreichende berufliche Chancen verfügt, zieht die Möglichkeit, Soldat der Bundeswehr zu werden, gar nicht in Betracht“ (Nina Leonhard u.a. (2005): Militärsoziologie, S.260).

Was das „Spiel“ Pol&IS bewirken soll

Beschreibung eines Spielablaufes

„Der Spielleiter [von Pol&IS], Jugendoffizier Christian Rump, ist von der Kriegsstimmung der Schüler nicht überrascht. ‚Es gibt immer welche, die vorletzte Woche noch bei der Hand-in-Hand-Lichterkette mitgemacht haben und jetzt Krieg führen wollen, [...] viele denken plötzlich, Stärke und Gewalt sind die besten Mittel.‘ Rump spricht davon, wie sehr die Medien gegen den Krieg Stimmung machten und die Schüler beeinflussten. Wenn die Schüler im Spiel aber Verantwortung trügen, setzten sie oft selbst das Militär ein.“

„Dass gerade friedensbewegte Schüler aufgerüstet hätten, sei ein ‚Element der Orientierung‘ an der Realität [so der Theaterpädagoge Wolfgang Sting]. ‚Die bekommen mit, wie Politik in Wirklichkeit funktioniert, ahmen das nach und führen ihre humanistische Einstellung ad absurdum.‘“ (Krieg oder Frieden, in: Die ZEIT vom 30.04.2003).

Daten zu Einsätzen: Jugendoffiziere und Wehrdienstberater

Veranstaltungen in Schulen

	Jugendoffiziere	Wehrdienstberater
2003	3143	k.A.
2004	4224	k.A.
2005	4628	k.A.
2006	4943	11145
2007	5064	11240
2008	5129	13756
2009	4415	12648

Verteilung der Veranstaltungen nach Schultyp: 2009

	Jugendoffiziere	Wehrdienstberater
Haupt- und Realschule	41%	47%
Gymnasium	43%	23%
Berufsbildende Schule	12%	31%
Sonstige Schulen	3%	----

Referendarsausbildung

Für Referendare, vor allem für angehende Politik und Sozialkundelehrer, werden Seminare von Jugendoffizieren angeboten. Es ist zu befürchten, dass nicht alle Referendare mit den Informationen, die ihnen die Jugendoffiziere vermitteln, kritisch umgehen. Für Schüler und Eltern ist das besonders unangenehm, weil sie nicht wissen, ob ihr Lehrer von einem Jugendoffizier ausgebildet wurde. Für die Bundeswehr hingegen ist es eine gute Gelegenheit, ihre Sichtweise der Welt in die Schule zu bringen, ohne dass dies den Betroffenen bewusst ist.

Das „Spiel“ Pol&IS

Bei Schülern, Studenten und Lehrern kommt das „Spiel“ Pol&IS (Politik und Internationale Sicherheit) offenbar gut an. Die Beliebtheit des Spiels dient den Jugendoffizieren eigenen Angaben zufolge als „Türöffner“.

Bei dem Spiel übernehmen die Teilnehmer die Rolle von Staatspräsidenten oder Vorsitzenden von Institutionen wie der Weltbank. Der Spielleiter, der vor allem mithilfe von „Spielbausteinen“ das Spiel in eine bestimmte Richtung lenken kann, ist meist ein Jugendoffizier.

Unterrichtsmaterialien: „Frieden und Sicherheit“

Die Unterrichtsmaterialien „Frieden und Sicherheit“ werden von dem FDP-nahen Verein „Jugend und Bildung“ herausgegeben, die inhaltliche Gestaltung unterliegt der fachlichen Beratung des Bundesministeriums der Verteidigung. Die Materialien können kostenlos bestellt oder heruntergeladen werden und sollen ab der 9. Klasse verwendet werden. Sie bestehen aus regelmäßig neu erscheinenden Arbeitsblättern, einem Schüler- und einem Lehrerheft.

Die Unterrichtsmaterialien werden offenbar in vielen Schulen eingesetzt (vgl. BT-DS 16/8852). Sie sind sehr gut aufbereitet und eine konkrete Kritik fällt schwer. Es werden keine direkten Falschaussagen getroffen, vielmehr wird vieles beschönigt, anderes verschärft und sehr viel Grundsätzliches ausgelassen. So wird sich kaum mit den Ursachen von Konflikten beschäftigen. Vielmehr werden Bedrohungen, wie Terrorismus, zerfallene Staaten, der Klimawandel, Migration etc. als gegeben vorausgesetzt. Um diese Bedrohungen von Deutschland abzuwenden, benötige man die Bundeswehr. Zunächst einmal ist fraglich, ob es sich die diesen Phänomenen tatsächlich um Bedrohungen handelt. Des Weiteren müsste die Frage nach den Ursachen dieser Phänomene gestellt werden, die häufig im Westen bzw. seiner Politik liegen. Beides geschieht in den Unterrichtsmaterialien nicht.

Beispiele aus „Frieden und Sicherheit“

Amnesty International Nichtstaatliche Organisation (NGO), die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt.	UNICEF Der United Nations Children's Fund ist das Es unterstützt Kinder und Mütter in den Hygiene, Ernährung und Erziehung.
Ärzte ohne Grenzen Private internationale Hilfsorganisation, die medizinische Nothilfe in Krisen- und Kriegsgebieten leistet.	WFP Das Welternährungsprogramm (World Food versorgt Menschen in Kriegs- und Katastr
Bundeswehr Humanitäre Einsätze der Bundeswehr im Ausland basieren auf Abkommen zwischen der Bundesrepublik und dem betroffenen Land, das um Hilfe ersucht.	WHO Die Weltgesundheitsorganisation (World H nen setzt sich u. a. für verbesserte Ernähr
CARE International Ziel dieser privaten Hilfsorganisation ist die globale Armutsminderung, in Deutsch-	

Auszug vom Arbeitsblatt: „Hilfe für Menschen in Not“

Zivil-Militärische Zusammenarbeit

Auf dem Arbeitsblatt „Hilfe für Menschen in Not“ wird die Bundeswehr in einem Zug mit Amnesty International, dem Roten Kreuz und Ärzten ohne Grenzen als Hilfsorganisation genannt. Das ist sehr frech, denn so zu tun, als würde sowohl Amnesty International als auch die Bundeswehr für die Menschenrechte kämpfen und als würden Ärzte ohne Grenzen ebenso wie die Bundeswehr Kranken und Verletzten helfen, verklärt die Funktion von Armeen, die darin besteht, Feinde zu bekämpfen.

Viele Hilfsorganisationen wehren sich dagegen, dass die Bundeswehr Hilfsprojekte, wie den Bau von Schulen, durchführt, denn solche Projekte sollen vor allem die Akzeptanz für die militärische Besetzung erhöhen. Auch wollen die Hilfsorganisationen nicht unbedingt, dass Soldaten sie schützen. Die Gründe sind nicht, wie in einer Frage auf dem Arbeitsblatt suggeriert wird, die Angst der Hilfsorganisationen vor der Konkurrenz durch die Bundeswehr, sondern vielmehr, dass sie ihre Arbeit nicht mehr leisten können, wenn sie in Verdacht geraten, Teil der militärischen Besetzung des Landes zu sein.

Terrorismus

Im Schülerheft 2006 heißt es im Antext des Kapitels zum Thema Terrorismus: „New York, Madrid, Beslan, London - und demnächst vielleicht Frankfurt oder Berlin? [...] Sie [die Terroristen] sind überall präsent und doch kaum fassbar“. Die Aneinanderreihung von Orten, in denen furchtbare Terroranschläge verübt wurden, endet mit den Namen zwei deutscher Städte, in der bisher keine solchen Anschläge verübt wurden. Die Angst der Menschen vor solchen Anschlägen wird benutzt, um zu rechtfertigen, dass Kriege geführt werden und dass Freiheiten und Bürgerrechte außer Kraft gesetzt werden. Welche Ursachen Terrorismus hat und ob das Militär tatsächlich dazu geeignet ist, Terrorismus zu bekämpfen, wird nicht diskutiert.

Afghanistan

Im Schülerheft 2009/2010 spielt der Krieg in Afghanistan eine wichtige Rolle. Es wird erklärt, dass nach dem Sturz der Taliban, u.a. Deutschland das Land wiederaufbaue. Zur Absicherung dieser Aufbauarbeiten seien Bundeswehrsoldaten notwendig. Dass in Afghanistan Krieg herrscht, in dem unzählige Zivilisten - auch durch deutsche Soldaten - getötet werden, wird ebenso wenig erwähnt wie die Tatsache, dass sich die Lebensbedingungen der Afghanen seit 2001 kaum verbessert haben.

Traumatische Erfahrungen? = Wettbewerbsvorteil

Die Soldaten „sind auch hohem psychischen Druck ausgesetzt, denn im Einsatz geht es um das eigene Leben. ‚Mehr noch als Berufstätige in der Wirtschaft, wo Entlassung, Mobbing und Reorganisation, persönliche Krisen und Leistungsdruck die Berufstätigen heutzutage belasten‘, sagt [die Psychologin] Simone Petersen und bringt es auf den Punkt: ‚Das verschafft den ehemaligen Soldaten einen Wettbewerbsvorteil auf dem Arbeitsmarkt von großem Wert‘“ (Kompetent - Kampf an neuer Front, Homepage des Bundeswehr-Magazins Y).

Anzahl der Soldaten, die sich mit Posttraumatischer Belastungsstörung behandeln ließen: Die Zahl der Erkrankten liegt wesentlich höher (Berichte des Wehrbeauftragten).

2006: 83 2007: 149 2008: 245 2009: 466

Für viele Jahre verpflichtet? = Beschäftigungsgarantie

„Früher mussten junge Leute erst mal schlucken, wenn sie erfuhren, dass ihre Ausbildung bei der Bundeswehr sie für mindestens acht, falls sie studieren wollten sogar für zwölf Jahren zu Soldaten machen würde. Doch die Zeit, in der diese Verpflichtung eine Hürde war, gehört längst der Vergangenheit an [...], erklärt Stabsfeldwebel und Wehrdienstberater Lothar Melms. ‚Wo in der freien Wirtschaft bekommt man heute schon eine solche Beschäftigungsgarantie?‘“ (Vorbilder mit sicherem Arbeitsplatz, Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit vom 25.02.2005).

Was tun?

Das Beste wäre natürlich, wenn Ihr den Besuch von Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern an Euren Schulen verhindern könntet. Das ist aber nicht einfach und vor allem müsst Ihr frühzeitig informiert sein, dass ein solcher Termin ansteht. Die Bundesregierung hat in ihrer letzten Antwort auf eine Anfrage im Bundestag zum Thema Jugendoffiziere die bereits festgelegten Termine veröffentlicht (DS 17/1511), allerdings werden auch kurzfristig Besuche vereinbart. Wenn ihr Kenntnis darüber habt, dass ein Jugendoffizier oder Wehrdienstberater an Eure Schule kommt, so sprecht den Schulleiter, Eure Lehrer und Eltern an und macht deutlich, dass und warum ihr das nicht wollt. Dabei ist es sehr hilfreich, sich auf den Beutelsbacher Konsens zu berufen. Wenn die Lehrer und die Schulleitung dem Jugendoffizier oder dem Wehrdienstberater nicht absagen wollen, so könnt ihr Protest organisieren und euch auf den Besuch vorbereiten, indem ihr Argumente sammelt, die ihr gegen die Bundeswehr oder die Auslandseinsätze deutscher Soldaten vorbringen könnt. Auch könnt ihr Flugblätter erstellen und Transparente malen, die ihr in der Schule verteilt und aufhängt und die deutlich machen, dass ihr den Besuch ablehnt.

Vielleicht gibt es auch Gruppen in Eurer Nähe, die sich für eine bundeswehrfreie Schule einsetzen und die ihr um Rat und Hilfe bitten könnt.

Soldat ist kein normaler Beruf!

Diejenigen, die meinen, Jugendoffiziere und Wehrdienstberater müssten an die Schule kommen, argumentieren häufig damit, dass die Bundeswehr ein normaler Arbeitgeber sei und daher die Jugendlichen über diese Berufsmöglichkeit ebenso wie über jede andere informiert werden müssten. Jedoch ist der Soldatenberuf keinesfalls ein normaler Beruf. Der Soldat verzichtet mit seinem Eintritt in die Armee auf wesentliche Grundrechte, wie auf das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit und Leben. Die freie Meinungs- und Willensbildung wird beschränkt, Gehorsamsverweigerung wird bestraft. Der Soldat muss das Handwerk des Tötens erlernen, muss gegebenenfalls töten und mit dieser Tat leben.

Wer sich derzeit in Deutschland bei der Bundeswehr über den Wehrdienst hinaus verpflichtet, verpflichtet sich für den Auslandseinsatz und wird sehr wahrscheinlich auch in diesen geschickt. Immer mehr Soldaten kehren traumatisiert aus Afghanistan zurück.

Literatur

Michael Schulze von Glaßer: Die Eroberung der Schulen; IMI-Studie 2010/02; www.imi-online.de

Jonna Schürkes, Heiko Humburg und Jürgen Wagner: Sozialabbau und Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr, W&F-Dossier 58; www.imi-online.de

Im Bundestag werden regelmäßig Anfragen zu Reklameeinsätzen der Bundeswehr und zum Einsatz von Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern gestellt. Die Antworten der Bundesregierung enthalten häufig sowohl Informationen darüber, wann und wo solche Einsätze stattgefunden haben, als auch wann sie stattfinden werden:

- Jugendoffiziere der Bundeswehr; Bundestagsdrucksache (BT-DS 17/1511)
- Militäraufmärsche in der Öffentlichkeit und Reklameeinsätze der Bundeswehr im Jahr 2010 (BT-DS 17/715)
- Informationsarbeit der Bundeswehr an Schulen (BT-DS 16/8852).

In unregelmäßigen Abständen geben die Jugendoffiziere Berichte heraus:

- Berichte der Jugendoffiziere 2008; www.jugendoffiziere.eu
- Bericht der Jugendoffiziere 2006; www.bundeswehr-wegtreten.org

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat ein Gutachten zur rechtlichen Bewertung der Veranstaltungen der Bundeswehr an Schulen erstellt. Auch wenn der Autor zu dem Schluss kommt, dass Jugendoffiziere und Wehrdienstberater an die Schulen dürfen, so betont er die Verpflichtung der Schule dafür zu sorgen, dass die Schüler nicht einseitig beeinflusst werden.

- Tilman Hoppe: Bundeswehr im Schulunterricht, 12. März 2010; www.stefan-liebich.de

Beschluss des GEW-Hauptvorstandes: Bundeswehr und Schule, März 2010; www.gew.de

Aufruf der Kölner Initiative: Schule ohne Bundeswehr, zu finden bspw. unter www.jungegew.de.

Beutelsbacher Konsens

Der Beutelsbacher Konsens von 1976 legt die Mindestanforderungen an die politische Bildung in und außerhalb der Schule fest. Sowohl die Unterrichtsmaterialien „Frieden und Sicherheit“ als auch die Besuche der Jugendoffiziere widersprechen zwei der drei Anforderungen:

Überwältigungsverbot: „Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinn erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbstständigen Urteils zu hindern“.

Kontroversitätsgebot: „Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten.“



Januar 2010: Demo in Freiburg unter dem Motto: „Bundeswehr Raus aus dem Klassenzimmer“

Quelle: <http://de.indymedia.org>

Homepages:

Bundeswehr-Wegtreten:
www.bundeswehr-wegtreten.org

DFG-VK: www.dfg-vk.de

Informationsstelle Militarisation:
www.imi-online.de

Keht Marsch: www.keht-marsch.de